

Ukraine

Constanze Aka/Martin Stein

Das letzte Jahr stand im Zeichen der Präsidentschafts- und vorgezogenen Parlamentswahlen im März beziehungsweise April sowie im Juli 2019. Der politische Neuling Volodymyr Zelens'kyj setzte sich im zweiten Wahlgang mit 73 Prozent gegen Amtsinhaber Porošenko durch. Seine neugegründete Partei Sluha Narodu (Diener des Volkes) erlangte im Parlament die absolute Mehrheit. Fünf Parteien zogen in die Verchovna Rada ein (Diener des Volkes; Oppositionsplattform – für das Leben; Vaterland; Europäische Solidarität; Stimme), von denen sich vier für eine West-Ausrichtung und Fortführung des Reformkurses aussprechen.

Das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union inklusive der Tiefen und Umfassenden Freihandelszone stellt weiterhin den Rahmen für die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen dar. Trotz andauerndem Krieg in den Regionen Donezk und Luhansk wurde der Reform- und Integrationsprozess fortgesetzt. Darüber hinaus schrieb sich die Ukraine die EU- und die NATO-Mitgliedschaft als Ziel in die Verfassung.

Autonome Republik Krim und der Krieg im Donbass

Seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Autonomen Republik Krim durch Russland im März 2014 wird die Halbinsel politisch und wirtschaftlich zunehmend in russische Strukturen integriert. Im November 2018 kam es im Asowschen Meer zu einem militärischen Zwischenfall zwischen Russland und der Ukraine. 24 ukrainische Seeleute wurden von Russland inhaftiert, woraufhin der Internationale Seegerichtshof im Mai 2019 ihre Freilassung anordnete. Von der Krim werden weiterhin Menschenrechtsverletzungen, politisch motivierte illegale Festnahmen und die Vertreibung von Krimtataren gemeldet.

Im Minsk-Prozess gibt es kaum Fortschritte, gleichwohl hat Präsident Zelens'kyj für seine Amtszeit eine neue Verhandlungsstrategie angekündigt. Alle Konfliktparteien verstoßen regelmäßig gegen die vereinbarte Waffenruhe. Auch konstatiert die Special Monitoring Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) weiterhin die Präsenz von schwerem Geschütz. Die Zahl der (registrierten) Binnenflüchtlinge liegt bei rund 1,4 Mio., die der Kriegstoten bei über 10.000, davon über 3.000 Zivilisten. Infolge der Krim-Annexion und gekoppelt an die Umsetzung des Minsker Abkommens bestehen die von der Europäischen Union verhängten diplomatischen Maßnahmen, Wirtschaftssanktionen, Einreiseverbote und eine Sperre von Vermögenswerten fort.

Makroökonomische Stabilisierung

Trotz des andauernden Kriegs erholt sich die ukrainische Wirtschaft. Die Europäische Union bleibt der bedeutendste Handelspartner der Ukraine, der Handel ist gemessen am Wert der Importe und Exporte gestiegen. Die Exporte in die Ukraine sind mit einem Wert von 22 Mrd. Euro die höchsten seit 2014, die Importe aus der Ukraine mit einem Wert von 18 Mrd. Euro die höchsten seit Beginn der Datenaufzeichnung von Eurostat 2007.¹

¹ Eurostat: EU Trade since 1988 by CN8, 13.9.2019, abrufbar unter: <https://bit.ly/2m9IVsH> (letzter Zugriff: 8.8.2019).

Um makroökonomische Stabilität und einen andauernden Wirtschaftsaufschwung zu begünstigen, unterstützen die Europäische Union, der Internationale Währungsfonds und die europäischen Finanzinstitutionen die Ukraine mit Krediten und Finanzprogrammen, die an Reformauflagen geknüpft sind. Ein Beispiel sind die makroökonomischen Finanzhilfen der Europäischen Union: Im Juli 2018 wurde das vierte Programm in Höhe von einer Milliarde Euro von der Europäischen Kommission bestätigt. Aufgrund unerfüllter Konditionalitäten wurde bisher lediglich die erste Rate ausgezahlt (Stand August 2019).

Assoziierungs- und Reformprozess

Der jüngste EU-Fortschrittsbericht zur Umsetzung des Assoziierungsabkommens bescheinigt der Ukraine eine bessere institutionelle Koordinierung und Erfolge im Transformationsprozess.² Präsident Zelens'kyj versicherte auf dem EU-Ukraine-Gipfel im Juli 2019 eine Fortführung der wirtschaftlichen Integration und politischen Anbindung sowie eine Beschleunigung der Reformen, insbesondere im Bereich Antikorruption. Der Gipfel würdigte den „substanziellen Fortschritt im Reformprozess, in Bereichen wie Gesundheit, Dezentralisierung, Renten, öffentliche Verwaltung [und] öffentliche Beschaffung“³.

Die Bilanz der Schlüsselreformen in den Bereichen Antikorruption und Rechtsstaatlichkeit ist gemischt. Zwar wurde das Oberste Gericht für Antikorruption mit qualifizierten RichterInnen besetzt und wird im September 2019 seine Arbeit aufnehmen, doch stieß die Aufhebung des Gesetzes über die strafrechtliche Haftung für illegale Bereicherung bei G7 und Weltbank auf harsche Kritik. Zudem erklärten sich Zivilgesellschaft und internationale Gemeinschaft mit der Berufung einiger Richter an das Oberste Gericht nicht einverstanden. Die Reform der Strafverfolgungsbehörden, des Inlandgeheimdienstes SBU und der Steuerbehörden sowie die Verbesserung der Governance beziehungsweise Privatisierung von Staatsbetrieben, die alle zur Eindämmung der Korruption beitragen sollten, steht aus.

Im Bereich technische Regulierung wird die Rechtsangleichung positiv bewertet, jedoch müssen ein neues Marktüberwachungsgesetz verabschiedet und der Institutionenaufbau vorangetrieben werden. Im Bereich Energie schreitet die Integration voran, eine Vollendung der Reform des Gas- und Elektrizitätsmarkts steht bevor. Die Ukraine und Europäische Union vereinbarten eine engere Zusammenarbeit im Bereich Digitales, wobei die Ukraine sich bis 2023 voll in den digitalen Binnenmarkt integrieren möchte. Die Dezentralisierung wird von der Europäischen Union technisch und finanziell weiter unterstützt. Im Juli 2019 bestanden 924 Territorialgemeinden (Juni 2018: 743 Gemeinden). Die Landreform, die den Verkauf von Agrarflächen ermöglichen soll, steht weiter aus. Gleiches gilt für das in erster Lesung bereits 2017 angenommene Wahlgesetz. Wegweisend ist der Fortschritt der Bildungs- und Gesundheitsreformen, die zwar nur am Rande Bestandteil des Assoziierungsprozesses sind, seitens der Europäischen Union jedoch ausdrücklich begrüßt werden.

Weiterführende Literatur

Katerina Bosko (Hrsg.): Ukraine-Analysen, Bremen, fortlaufend.

Government Office for the European and Euro-Atlantic Integration: Report on Implementation of the Association Agreement between Ukraine and the European Union in 2017, Kiew 2018.

2 Europäische Kommission: Joint Staff Working Document, Association Implementation Report on Ukraine, SWD 462, 2018, S. 1.

3 Advancing mutual commitment: joint statement following the 21st EU-Ukraine Summit, Kyiv, 8.7.2019, abrufbar unter: <https://3dcftas.eu/library/documents/advancing-mutual-commitment-joint-statement-following-the-21-eu-ua-summit> (letzter Zugriff: 7.10.2019), eigene Übersetzung.